

Das Erbe des 17. Juni

Von Rainer Wagner

Als am 17. Juni 1953 russische Panzer den sehnsüchtigen Ruf der mitteldeutschen Demonstranten, „Wir wollen freie Menschen sein“, niederwalzten, schien es, als wäre wieder einmal eine deutsche Revolution in einem Meer von Blut und Tränen ertränkt und ihre Protagonisten durch Kerker und Flucht ausgeschaltet. Nicht wenige Historiker ordnen deshalb den sich nun zum sechzigsten Mal jährenden Arbeiteraufstand unter die Niederlagen, welche deutsche Demokraten auch 1848 oder beim Hitlerattentat 1944 erlitten, ein. Aber dies ist ein Irrtum. Rückblickend sehen wir, daß der 17. Juni die Initialzündung der Befreiungsbewegung Osteuropas war, die nicht nur die frühere DDR, sondern den ganzen sowjetischen Machtbereich 1989 vom Terror des roten Totalitarismus befreite. Scheinbare Niederlagen, wie die Erhebungen in Polen, die Revolution in Ungarn 1956 und der niedergeschlagene Prager Frühling 1968, ebneten den Weg zum Fall der Mauer am 9. November 1989 und zum Untergang der kommunistischen Gewaltherrschaft im einstigen Ostblock. Natürlich mußten allein in der damaligen DDR über 400 000 Menschen ihre demokratische Haltung mit Zuchthaus, Enteignungen, Zerstörungen von Familie und Lebensperspektiven bezahlen.

Aber nicht die „rotlackierten Faschisten“, wie der in Nazi-KZs inhaftierte SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher später Ulbricht und Konsorten nannte, siegten am Ende, sondern Freiheit und Demokratie. Am 16. Juni dürfen wir mit der Umbenennung des Platzes vor dem Bundesfinanzministerium in „Platz des Volksaufstandes von 1953“ ein Zeichen des Sieges der Freiheit über die Knechtschaft erleben. Dies ist auch ein Erfolg des langen Engagements der UOKG und ihrer Mitgliedsverbände.

Sicher, manchmal ist es frustrierend, den Mißbrauch der Freiheit durch ihre Gegner mit anzusehen. Auch müssen wir zu vielfältigen Ungerechtigkeiten, wie das Rentenunrecht für DDR-Flüchtlinge, Mängel in den Unrechtsbereinigungsgesetzen oder die Problematik nicht entschädigter und nicht anerkannter Verfolgengruppen, Stellung beziehen.

Aber unsere Demokratie, mit all ihren Schwächen und Unzulänglichkeiten, ist mehr wert als das Sklavenglück, daß sich manch buckelnder Angepaßter in der DDR ergattern konnte.

Außerdem ist es unsere moralische Pflicht, die Stimme für die noch immer unter Unfreiheit, Terror oder Totalitarismus Leidenden zu erheben. Als uns in der DDR zeitweise durch Haft und Druck die Stimme genommen wurde, waren es Freunde im freien Teil Deutschlands, die für uns das Wort ergriffen. In den letzten Wochen führte mich mein Weg beruflich in ein mittelasiatisches, islamisches Land. Dort wurde kurdischen Christen von islamischen Extremisten angedroht, sie zur Abschreckung öffentlich zu verbrennen. Den Betroffenen stand das Entsetzen ins Gesicht geschrieben. Auch in der gelenkten Demokratie eines Putin ist wirkliche Freiheit weiter eine Gefängnis-pflanze, für die einige in den letzten Jahren sogar ihr Leben opfern mußten. Nicht vergessen sein darf auch das Elend der Gefangenen in den Lagern Nord-Koreas oder die menschenverachtende Ausbeutung in Rot-China und die Unterdrückung in Vietnam oder Kuba.

Am 18. Juni findet in Berlin eine hochrangige Konferenz für die Menschenrechte in und die Flüchtlinge aus Nord-Korea statt, den die UOKG gemeinsam mit der koreanischen Bürgerallianz ausrichtet. Es wäre ein Zeichen der Solidarität, wenn viele von Ihnen an der Veranstaltung in den Räumen der Bundesstiftung Aufarbeitung teilnehmen würden (s.S. 6).

Wir engagieren uns dafür, daß es auch in Deutschland endlich ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft gibt. Dieses wichtige Ziel findet in der letzten Zeit immer mehr Fürsprecher, so daß wir Hoffnung haben, ein solches Mahnmal in absehbarer Zeit einweihen zu dürfen. Aber bei allem Einsatz für Aufarbeitung, Erinnerung und Entschädigung werden wir die noch leidenden Kameraden im Machtbereich des real existierenden Totalitarismus nicht vergessen. Auch das ist ein Auftrag der Opfer des 17. Juni. 